

Zehn Jahre Berliner Mauer und der Berliner Vertrag

Am 13. August 1961, vor 10 Jahren, begann Ulbricht mit der Errichtung der Berliner Blutmauer, worauf die Befestigung und Verminung der ganzen Grenze der DDR gegenüber Westdeutschland folgte. Es kann kein kommunistischer Staat bestehen, ohne seinen Bürgern Freizügigkeit zu verweigern und sie durch Waffengewalt gleichsam in einem Kerker festzuhalten, der sich mit dem Landesumfang deckt. Ulbricht tat also, was sich aus der Verstaubtheit seiner Ideologie überall ergeben muß, wo sie die Macht hat. Daß das deutsche Volk und die westliche Welt damals erschüttert war, ist heute fast vergessen; doch wir erinnern daran, daß am 18. August 1961 sich als Stimme unserer Nation der Regierende Bürgermeister von Berlin und jetzige Bundeskanzler Willy Brandt unvergeßlich äußerte:

„Sie (die Deutschen unter Ulbricht) fragen uns, ob wir sie jetzt abschreiben, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verurteilen werden, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Unser Volk wird jetzt von der Geschichte gewogen, und wehe uns, wenn wir durch Gleichgültigkeit, durch Bequemlichkeit, durch Trägheit oder durch moralische Schwäche diese Probleme nicht bestehen. Dann nämlich werden die Kommunisten nicht am Brandenburger Tor halten, dann werden sie auch nicht an der Zonengrenze stehenbleiben und nicht am

Rhein ... Wer mit den Kerkermeistern unseres Volkes auf der Messe (in Leipzig) noch Geschäfte machen will, soll gleich dortbleiben. Wir wollen ihn nicht mehr sehen! Wir haben uns alle so zu verhalten, daß nicht unsere Feinde sich freuen und unsere Landsleute verzweifeln.“

Selten wurde das Ziel kommunistischer Politik — ständiges Vordringen — klarer ausgesprochen, selten leidenschaftlicher unser Volk dagegen aufgerufen.

Die Westmächte versagten; sie protestierten bloß, anstatt Stacheldraht und Mauer zu beseitigen; der Kreml hätte deswegen keinen Krieg entfesselt. Brandt forderte damals Taten.

Genau 9 Jahre später, am 12. August 1970, erkannte er, inzwischen davon überzeugt, daß sich die gegenwärtige Lage in absehbarer Zeit nicht ändern lasse, die bestehenden Machtgrenzen Europas im Moskauer Vertrag an, was er im Abkommen mit Warschau bekräftigte. Beide Verträge sind vom Bundestag noch nicht ratifiziert.

An Brandts Ostpolitik, die im Osten gelobt wird, außer von China, scheiden sich die Geister im Westen; wer sie bejaht oder wer sie ablehnt, beide können sich auf Äußerungen von ihm berufen. Niemand jedoch in aller Welt, abgesehen vom Ostblock, bejaht die Schandmauer, deren Häßlichkeit das Scheußliche ihres Zweckes brutal verkörpert. Sie ist kein Werk des Friedens, wie man in Ostberlin behauptet; bis Ende August 1971 wurden an ihr 156 Flüchtlinge ermordet, davon 68 in Berlin; dennoch gelang es 30 000 Menschen, über die Sperren zu uns zu flüchten, davon 526 Soldaten und Offiziere*). Außerdem kehrten der DDR seit dem 13. August 1961 noch 50 000 den Rücken, indem sie auf dem Umweg durch andere Länder nach

Westdeutschland flohen oder von Besuchs-fahrten nicht mehr heimkehrten.

Darüber verhandelten die Botschafter der vier großen Siegermächte des 2. Weltkriegs in ihren 17 Monate dauernden Gesprächen zur *Regelung der Berliner Frage* nicht, womit sie von vornherein die Position der russischen Kolonialmacht in Berlin bestätigten. Sie sprachen auch nicht über Ost-Berlin; das ist unbestritten die Hauptstadt der DDR. Sie verhandelten lediglich über West-Berlin.

Am 3. September unterzeichneten sie ein *Rahmen-Abkommen*; es engt die Bundespräsenz in Westberlin ein und verstärkt die sowjetische durch Erlaubnis zur Errichtung eines Generalkonsulates, erklärt außerdem Westberlin zur „besonderen politischen Einheit“, die von Bonn zwar nicht regiert, im Ausland aber vertreten wird. Erleichterungen ließen sich erreichen für den „Transit“ nach Westberlin und für Besuche von Westberlinern in der DDR, wo die Machthaber befriedigt feststellten, nun sei ihr Staat zum erstenmal von den drei westlichen Großmächten als souverän anerkannt worden. Schon zwei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens, das noch der praktischen Klärung durch jetzt laufende innerdeutsche Besprechungen bedarf und ebenfalls ratifiziert werden muß, brach ein Flüchtling an der Mauer im Kugelhagel zusammen; er war nicht der Letzte; das Schießen geht weiter.

Es gibt viele, die von diesem Abkommen und von Brandts zweiter Rußlandreise (16.—18. September) ein „besseres Klima“ erhoffen, das weitere Erleichterungen und die Sicherung des Friedens bringt. Vielleicht sind's noch mehr, deren Herz bedrückt ist, weil sie an Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien und Sudetenland denken und weder der Kreml noch sein Vasall, die DDR, das geringste Entgegenkommen für unsere gesamtdeutsche nie abänderbare Pflicht zeigen: *Einheit und Selbstbestimmungsrecht des Volkes zu verwirklichen.*

Die Sowjetunion steht, sollten die drei Verträge in Bonn ratifiziert werden, um

einen gewichtigen Schritt tiefer in Europa. Ob wir daraus für Deutschland, wie Brandts Anhänger hoffen, gute Möglichkeiten schöpfen können — Gott füge es!

Die Weltgeschichte ist eine Kette des Unerwartbaren; das Erstrebte, als folgerichtig Errechnete, ereignet sich nur selten. Wir hoffen — und wäre es widersinnig — daß unserem Volk die Gnade einer Wie-dergeburt beschieden wird.

*) Eine Untersuchung der Zeitschrift „Soldat und Technik“ erbringt andere Zahlen; die „Nationale Volksarmee“ der DDR habe von allen Armeen Europas die meisten Fahnenflüchtigen; seit dem Mauerbau (13. August 1961) bis Dezember 1969 seien aus ihr 1841 Soldaten in den Westen geflohen, davon 1552 der als zuverlässig geltenden Grenztruppen. Die mißglückten Fluchtversuche werden aufs Sechsbis-Achtfache dieser Zahlen geschätzt.